https://p.ssrq-sds-fds.ch/SSRQ-ZH-NF_I_2_1-260-1

260. Aufzeichnung der in Winterthur geltenden Rechtsnormen 1531 Juni 19

Regest: Schultheiss, Rat und Bürger der Stadt Winterthur geben die Rechte wieder, die sie von ihrer Herrschaft, dem Haus Österreich, und dem Reich erhalten haben.

(I) Es folgen die Bestimmungen der durch Graf Rudolf von Habsburg erteilten Rechtsaufzeichnung vom 22. Juni 1264: Grundstücke, die innerhalb des Friedkreises liegen oder die Bürger von der Herrschaft gegen Zins geliehen haben, sollen Marktrecht besitzen gemäss dem Recht der Stadt Winterthur, ausgenommen sind die Kelnhöfe und Huben in den Vorstädten. Die Grenzen des Friedkreises wurden mit der Grafschaft Kyburg festgelegt und mit Marksteinen gekennzeichnet (1). Rechtsstreitigkeiten unter Bürgern sollen vor dem Schultheissen und Rat ausgetragen werden (2). Zum Schultheissen der Stadt sollen die Bürger einen Kandidaten aus ihrem Kreis wählen, der nicht die Ritterwürde besitzt oder erlangen soll (3). Kein Herr soll nach dem Tod eines Einwohners einen Vermögensanteil, den sogenannten Fall, einfordern, ausser es handelt sich um einen Eigenmann, der keinen Nachkommen und Erben hinterlässt. Dann soll der Herr nach Rat der Bürger den Fall einziehen (4). Die Winterthurer können den Wald Eschenberg als Allmende gemäss bisheriger Praxis nutzen (5). Keinem Herm steht aufgrund seines Eigentumsrechts an Eigenleuten deren Grundbesitz, der dem Marktrecht unterliegt, als Erbe zu (6). Die innerhalb des Friedkreises ansässigen Männer und Frauen dürfen die Ehe mit Auswärtigen schliessen, ungeachtet der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Herrschaften (7). Wer in der Stadt Bürger ist oder wird und von seinem Leibherrn innerhalb der Frist von Jahr und Tag zu keiner Dienstleistung aufgefordert wird, soll künftig keinem Herrn zu Diensten und nur dem Schultheissen und Rat gehorsam sein (8).

(II) Es folgt die Abschrift des Privilegs König Rudolfs vom 27. Februar 1275: Die Bürger von Winterthur dürfen nach Lehensrecht Lehen empfangen und verleihen (1). Künftige Stadtherren sollen die Pfarrkirche nur einem Priester leihen, der sich der Residenzpflicht unterwirft (2). Die Bürger dürfen Lehen der Herrschaft Kyburg an Töchter vererben, wenn sie keine Söhne haben (3). Bürger müssen sich nur vor dem Gericht des Schultheissen verantworten und dürfen vor jedem Richter klagen (4). Bürger, die Afterlehen der Herrschaft Kyburg besitzen, sollen mit den Lehen belehnt werden, wenn der adlige Leheninhaber ohne Erben stirbt (5). Vogtleute dürfen als Bürger aufgenommen werden, sofern sie die Dienstpflichten gegenüber ihren Herren erfüllen (6).

(III) Es folgen städtische Satzungen und Rechtsgewohnheiten, die in einigen Punkten geändert worden sind. Hausfriedensbruch wird mit einer Busse von 3 Pfund für den Kläger und 3 Pfund für den Rat geahndet (1). Folgendes Verfahren gilt für die Bezahlung von Schulden: Ein Gläubiger kann einen Schuldner wegen Zahlungsverzugs vor das Stadtgericht laden. Dieser muss binnen 14 Tagen seine Schulden bezahlen oder bei der nächsten Versteigerung ein Pfand stellen. Nimmt der Schuldner die angesetzten Gerichtstermine nicht wahr, kann er auch in Abwesenheit zur Zahlung verurteilt werden (2.1). Ist der Schuldner länger als vier Wochen verreist, kann der Gläubiger dessen Vermögen vor Gericht in Beschlag nehmen (2.2). Wer keine beweglichen Güter als Pfand einsetzen kann, soll unbewegliche Güter stellen, die nach 6 Wochen und 3 Tagen versteigert werden können. Mittellose Schuldner werden aus der Stadt und dem Friedkreis gewiesen, bis sie ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen oder die Gläubiger ihnen die Rückkehr einräumen (2.3). Zinsen und Schulden, die mit Unterpfand abgesichert werden, sollen bezahlt werden, wie es vertraglich vereinbart wurde (2.4). Lässt der Schuldner nach der Versteigerung seiner Pfänder die Frist für den Rückkauf verstreichen, kann der Gläubiger darüber verfügen (2.5). Der Schuldner trägt die Kosten des Verfahrens (2.6). Bestreitet der Schuldner die Schuldsumme, soll er sich vor dem Schultheissen und Rat oder dem zuständigen Gericht rechtfertigen. Wird sein Einspruch abgewiesen, muss er die Gerichtskosten tragen und für die Auslagen auswärtiger Kläger aufkommen (2.7). Wer jemanden wegen Ausständen von Arbeitslohn, Darlehen etc. betreiben will, soll vor Gericht klagen, dieses soll unverzüglich über die Betreibung entscheiden (2.8). Das Verfahren wird bei Bürgern, Einwohnern und Auswärtigen gleichermassen angewandt (2.9). Kauf, Verkauf und Verpfändung von Liegenschaften müssen vor dem Rat oder dem Gericht durch Urteil bestätigt und

beurkundet werden. Dabei ist zu deklarieren, ob Zinsen auf ihnen lasten und ob es sich um Eigen und Erb oder Lehen handelt (2.10). Zinsen und Renten, die mit einem Unterpfand abgesichert und verbrieft sind, gelten als unbewegliches Vermögen (2.11). Ansprüche an Marktrechtsgüter können nur vor den beiden Gerichtsversammlungen an Weihnachten und Ostern geltend gemacht werden, wobei der Kläger dem Schultheissen und Rat sowie dem Beklagten jeweils 3 Pfund verbürgen muss für den Fall, dass seine Forderungen abgewiesen werden. Verfahren vor anderen geistlichen oder weltlichen Gerichten sind nicht zulässig. Nur wer selbst Marktrechtsgüter besitzt, darf darüber richten (3). Frauen und Kinder von Bürgern sind erbberechtigt (4.1). Die von einer Frau in die Ehe eingebrachte Ausstattung in Form von Bargeld oder anderen beweglichen Gütern mit Ausnahme von Kleidung, Schmuck, Silbergeschirr, Hausrat und Bettzeug gilt als unbewegliches Vermögen (4.2). Eine Frau erbt nach dem Tod ihres Mannes ihre Ausstattung, ihre Morgengabe und ein Drittel des beweglichen Vermögens. Etwaige Darlehen soll sie von diesem Drittel anteilig begleichen. Hat sie sich selbst zur Bezahlung verpflichtet oder gemeinsam mit ihrem Mann die Geschäfte geführt, haftet sie mit ihrem eigenen Vermögen (4.3). Erwerben Ehepaare gemeinsam Zinseigen oder lediges Eigen, fällt es als Erbe an ihre Kinder, während der überlebende Ehepartner oder die überlebende Ehepartnerin die Güter nur als Leibgeding besitzen kann. Hinterlassen sie keine Kinder, werden die Güter nach dem Tod beider geteilt und fallen an die Erben aus den jeweiligen Herkunftsfamilien (4.4). Hat ein Mann Zinseigen geerbt, kann er es seiner Frau nur als Leibgeding überlassen (4.5). Bei kinderlosen Paaren fällt das in die Ehe eingebrachte Eigengut nach dem Tod an die Herkunftsfamilie, haben sie es einander nach schwäbischem Recht vermacht, besitzt es der überlebende Partner oder die überlebende Partnerin bis zum Tod als Leibgeding. Hinterlassen sie Kinder, sind diese erbberechtigt (4.6). Hat ein Mann Kinder aus mehreren Ehen, erben alle Kinder seine Eigengüter, sofern er diese nicht einer der Mütter vermacht hat (4.7). Ein eheliches Kind beerbt seine Eltern, ein Vater seine Kinder, falls diese keine ehelichen Nachkommen hinterlassen. Nachrangig erbberechtigt sind Geschwister, die denselben Vater haben. Eine Mutter soll ihre Kinder nicht beerben. Bei gleichem Verwandtschaftsgrad erben die Angehörigen der männlichen Linie gegenüber denen der weiblichen Linie bevorzugt. Sind die Angehörigen der weiblichen Linie einen Grad näher verwandt, wird das Erbe geteilt, sind sie zwei Grade näher verwandt, fällt ihnen das gesamte Erbe zu (5). Minderjährige Kinder sollen nach dem Tod des Vaters von dessen nächstem Verwandten als Vogt vertreten werden. Ist dieser nicht für die Aufgabe geeignet, setzen Schultheiss und Rat einen Vermögensverwalter ein. Haben die Kinder keinen Verwandten, bestimmen Schultheiss und Rat einen Vogt, der ihnen gegenüber Rechenschaft über das Vermögen der Kinder ablegen muss (6). Die Aussteller siegeln mit dem Stadtsiegel.

Kommentar: Die erste städtische Zusammenstellung von Rechtsnormen datiert von 1297 (STAW URK 7; SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 7). Auf dieser Vorlage basieren die Rechtskodifikationen von 1430 (STAW B 2/2, fol. 1r-6r), 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170), 1526 (STAW URK 2157) sowie die vorliegende Aufzeichnung von 1531. Nicht nur die immer wieder angeführte Unleserlichkeit der Urkunden, sondern vor allem der Zuwachs an hoheitlichen Kompetenzen, Veränderungen in der Rechtspraxis und neue Satzungen erforderten Anpassungen. Beispielsweise wurden in der Redaktion von 1497 Ausdifferenzierungen im Bereich des Schuldrechts berücksichtigt, neue erbrechtliche Bestimmungen flossen in die Redaktion von 1526 ein und wurden 1531 ergänzt. Vgl. hierzu Ganz 1958, S. 264. Zu den Entwicklungen im Winterthurer Erbrecht vgl. den Kommentar zu SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 284.

Wir, schultheis, clein und gros råte und alle burger gemeinlich zů Winterthur, thund kund allermånglichem mit dissem brieffe, das wir von dem loblichenn hus Osterich, unsser gnådigen herschafft, und am heiligenn riche loblichenn begnadet und gefrigt sinnd.

[I] Namlich des ersten willand von dem hochgebornenn herren graff Rudolffen von Habspurg, loblicher gedechtnuß, emalls er künig ward, der uns gesetzt und zů råcht gåben hat: [...]¹

[II] Item so ist dis die abgeschrifft der frigheit, darmit wir von dem obgenanten graff Rudolffen darnach, als er kunig ward, loblich gefrigt sind, von wortt zů wortt also lutende: $[...]^2$

[III] Item so sind ditz unser statt satzung unnd gewonheitt, so wir von alterher gehept und jetzo von gemeines unsers nutz wegen zum theill anders ernuwertt haben: [...]³

[2.11] Wir habenn ouch gesetzt, das alle zins und gülte, die sigin wider köiffig oder unwider köiffig ewig zins, so in uffråchter, redlicher küffs wyse verunderpfandet und verbriefft sind, fürohin für ligend güte gehalten und geachtet sin söllen.⁴

[3] [...]⁵

[4.1] Wir haben ouch z \mathring{u} r \mathring{a} chtt umb unser erbschafft, des ersten, das eines jeglichen burgers wyb und kind, wan es gewibet h \mathring{a} t, genoß ist ze erbenn, als ob sy eins heren werint. 6

[4.2] Zum anderenn das einer jeden frůwen heimstür, so sy zů irem man in heimstür wyse bringt, es sige bargålt oder ander varend gůte, soll alles für ligend gůt geachtet und erkent werden, ußgenomen ir kleider, kleinet, silber geschir, hußtrag unnd betwat, so nit für ein genante sum in der heimstür ageschlagenn wirtt.⁷

[4.3] Zum drittenn das ouch keines jegklichenn burgers wyb erben soll nach irs mans tod sölich vorerzelt ir zügebracht güt, morgengab und den driten teill in aller farenden habe und darvn nicht gälten, anders dan das güt, so er uff sich genomen, sol sy uß sölichem irem driten teill der ererbtenn varenden hab nach anzall helffenn zallen und sunst nutzet, anders dan das, so sy versprochen het zü bezallenn. Es were dan sach, das ein frow unzwungenlich mit irem man zü banck und ladenn gestanden und das kundtlich gemacht were, alßdan soll sy uß irem güt ouch schuldig sin ze zallen.⁸

[4.4] Zum vierdenn öb zwey emånschen by einander uß gůt, so sy by und miteinander gewonen hettend, gueter zins eigens oder ledig eigens erkůfftennd, habent sy miteinander kind, der eigenn ist es und ir beder libting. Ist aber, das sy on lib erben sind, welichs dan under inen stirpt, so soll das ander das eigen erben, das sy by einander uß dem gwonenn gůt erkůfft hand, und das sin låben lang in libttings wyß nach sinem gfallen nutzen und bruchen. Und so danenthin dasselbig uberblybenn mensch ouch tödtlich abgangen ist, alss dan soll solich vor erzellt gwonen gůt in zwen theill glich gesunderet und der ein theill des abgestorbnen mans råcht nåchst erben und der ander theill der abgestorbnen frůwen nåchsten erben one intrag verfolgenn und werden.

[4.5] Zum fünnfften haben wir ouch zu rächt, das dhein unser burger sin zins eigen oder ander eigen, das er geerbtt hat von sinem vater oder welichen weg es in angefallen ist, mag gåben sinem elichen wyb in dhein wyse dan ze libting.¹⁰

[4.6] Zum såchsten haben wir ouch zů råcht, ist, das ein man und ein frůw elichenn zů einander komen, was ir yetweders eigen zů dem anderen bringt, blybentt sy on lyb erbenn, machent sy das eigen nit einander nach Schwaben råcht, das wirt ledig ir jetweders erbenn nach irem tod. Machent sy es aber einander nach Schwaben råcht, so hat ir jetweders das eigen, das im gemachet ist, ze lybting untz an sinen tod und vallet dan wider an die råchtenn erbenn. Gewünent sy aber liberben mit einander, an die falet das eigen ledigklich, es sige gemacht oder nit.¹¹

[4.7] Zum sybenden was ouch dheinem unserem burger eigens von sinem vatter oder sinen vordern anfålt, hat er by zweyen elichen frowen kind und hat er das eigen keinem sinem wyb gemacht, stirpt er, so fallet es an sine kind gemeinlich, die er hått.¹²

[5] Witter haben wir ouch zů råcht des erbfalls halb, des erstenn, das ein elich kind sin vatter und můter erben soll und ein vater sine kind, die nit eliche kind hinder inen lasent. Darnnach soll ein gschwistergit das ander, das syent knaben oder töchterenn, die vatterhalb eliche geschwistergitt sind, ouch einander erben, die nit elich lib erben hand. Und soll ein můtter ir kind nit erben. 13 Item vattermag oder můter mag halb, darin haben wir ditz råcht, namlich, beschehe ein lediger anfall, so zücht vatter mag, ob schon můter mag glich in der lingen oder früntschafft stand, das gůtt hin. Öb aber můter mag ein glid nåcher ist dan vatter mag, so sollen sy das gůt miteinander zeglichem teill beziehen. Ist aber můter mag zwey glid nåcher dan vatter mag, so bezuche dan můter mag das gůtt gar hin. 14

 $[6][...]^{15}$

Dissen brieff haben wir zů unvergåslicher unser und aller unser nachkomen gedachnus umb fridlich, burgerlich einikeit mit nuwer geschrifftlicher habe uß unsern alten geschrifftenn, frigheiten und gewonheiten gezogen und von unlisliche der selben alten gschrifften abgeschriben und von gemeines unsers und gemeiner unser stat nutz wegen hiemit in crafft ditz brieffs ernuwert und das also mit unser gemeiner stat gröser insigel zů urkund herangehenckt, bevestnet und beschehen an mendtag vor sant Albanus tag, nach Christy, unsers liebenn heren, gepurt gezalt fünffzehenhundert drissig und ein jar.

[Kanzleivermerk unter der Plica:] Gebhartt Hegner, stattschriber zů Winterthur, scripsit. [Vermerk auf der Rückseite von Hand des 18. Jh.:] Freyheit-, satz- und ordnungsbrieff von schultheis, klein und großem raht der stadt Winterthur, anno 1531

Original: STAW URK 2246.1; Gebhard Hegner; Pergament, 70.0 × 52.0 cm (Plica: 8.0 cm); 1 Siegel: Stadt Winterthur, Wachs, rund, angehängt an Pergamentstreifen, bestossen.

Abschrift: (ca. 1550) STAW URK 2246.2; Heft (6 Blätter); Papier, 20.0 × 30.0 cm.

Abschrift mit Ergänzungen: (1628–1630) STAW AA 1/3; Heft (11 Blätter); Papier, 22.0 × 33.0 cm.

40 **Abschrift:** (1629) winbib Ms. Fol. 49, S. 627-636; Papier, 21.0 × 32.5 cm.

Abschrift mit Ergänzungen: (ca. 1650) STAW AA 1/4; Heft (9 Blätter); Papier, 22.0 × 33.0 cm.

Abschrift: (1677) StAZH B III 90, S. 169-199; Papier, 18.0 × 21.0 cm.

Edition: Ott, Rechtsquellen, S. 186-194.

- Es folgen die Bestimmungen der Urkunde vom 22. Juni 1264 nach der Vorlage der Rechtsaufzeichnung vom 9. Juni 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil I, Artikel 1 bis 8).
- Es folgt das auf den 27. Februar 1275 datierte Privileg König Rudolfs nach der Vorlage der Urkunde vom 19. Juni 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil II, Artikel 1 bis 6).
- Es folgen Artikel 1 und 2 der Zusammenstellung der städtischen Satzungen und Gewohnheiten nach der Vorlage der Urkunde vom 19. Juni 1497 (SSRO ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 1 bis 2.10).
- Dieser Artikel ist bereits in der Rechtsaufzeichnung von 1526 enthalten (STAW URK 2157) und geht auf die Redaktion von 1497 zurück (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 3).
- 5 Es folgt Artikel 4 der Zusammenstellung der städtischen Satzungen und Gewohnheiten nach der Urkunde vom 19. Juni 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 4).
- ⁶ Dieser Artikel ist bereits in der Rechtsaufzeichnung von 1526 enthalten (STAW URK 2157).
- Dieser Artikel ist bereits in der Rechtsaufzeichnung von 1526 enthalten (STAW URK 2157).
- Dieser Artikel ist bereits in der Rechtsaufzeichnung von 1526 enthalten (STAW URK 2157). Er wurde durch den Ratsbeschluss vom 1. Juni 1537 präzisiert: Mine heren, bed, klein und groß, rått, haben den artikell der früwen erbung halb, im statt råcht begriffen, erlüteret und sich erkentt, das der, wie er im stattråcht begriffen, also beliben und einer früwen nach irs mans abgang erben all ir heimstür gütt, so für ein gnampte sum angschlagen, gott geb, es sig ligentz und varentz, das dan lutt des stattråchts artikel für ligentt gütt geachtett wirt, dar zü ir versprochne morgengab und das ander gütt, es sige kleider, kleinatt, silbergschir, hußratt und bettwatt, so nitt für ein gnampt hiratt gütt angeschlagen wirtt, besonder dwill der statt råcht das für varend gütt kentt, von dem selben varend gütt, ouch des mans verlasner farender hab, von sölichen beden varenden haben allen samen soll einer früwen der dritteill werden und sy darvn nützett schuldig sin zü bezallen, dan, wie das der artikell im statträcht luter begriffen, zü gåben ist (STAW B 2/10, S. 2).
- In der Rechtsaufzeichnung von 1526 endet der Artikel an dieser Stelle mit dem Zusatz: und tunn, war es will (STAW URK 2157) wie in den Redaktionen von 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 5) und 1297 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 7, Teil III, Artikel 6).
- Dieser Artikel ist bereits in der Rechtsaufzeichnung von 1526 enthalten (STAW URK 2157) und geht auf die Redaktionen von 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 3) und 1297 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 7, Teil III, Artikel 4) zurück.
- Dieser Artikel ist bereits in der Rechtsaufzeichnung von 1526 enthalten (STAW URK 2157) und geht auf die Redaktionen von 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 5) und 1297 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 7, Teil III, Artikel 6) zurück.
- ¹² In der Fassung der Rechtsaufzeichnung von 1526 (STAW URK 2157) steht an dieser Stelle l\u00e4t wie in den Redaktionen von 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 5) und 1297 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 7, Teil III, Artikel 6).
- Die Rechtsaufzeichnung in der Fassung von 1526 billigt der Mutter noch das Erbrecht zu. Dort lautet der erste Teil des Artikels: Witer haben wir ouch zu rächt des erbfals halb, das ein vater oder müter ir kind mög erben, namlich also, ob ein kind stürb on liberben und one geschwistergite, das dan sölich güt, so von sinem vater oder müter har kumpt, widerumb an selben vater oder müter valen söle. Und des züfalenden gütz halb, das sol ouch an vater und müter falen in libtings wiß. Und so das libting ledig wirt, soll es widerumb volgen der nächsten fruntschafft, danen här sölich güt gfalen ist (STAW URK 2157).
- Die erbrechtlichen Bestimmungen in Artikel 4 und 5 wurden der Gemeinde Elgg mitgeteilt und sind im Elgger Satzungsbuch unter der Überschrift Wie wir erben mögend zusammengefasst, ergänzt um einen Ratsbeschluss, nach dem Kinder anstelle ihrer verstorbenen Eltern das Erbe der Grosseltern antreten konnten (ZGA Elgg, IV A 3a, fol. 115v-117r).

15

Es folgt Artikel 6 der Zusammenstellung der städtischen Satzungen und Gewohnheiten nach der Vorlage der Urkunde vom 19. Juni 1497 (SSRQ ZH NF I/2/1, Nr. 170, Teil III, Artikel 6).